

Affekte und Differenzordnungen in der deutschen Migrationsgesellschaft

Einleitung

Die primäre Aufgabe der sozial- und kulturanthropologischen Emotionsforschung liegt in der Aufdeckung und Untersuchung kulturell modellierter emotionaler Verhaltensweisen sowie ihrer Generierung im sozialen Handeln (Röttger-Rössler 2002: 159). Damit richtet sich die Aufmerksamkeit unmittelbar auf die soziale Funktion sowie die Sinn- und Zweckhaftigkeit von Affekten und Emotionen im menschlichen Zusammenleben (ebd.). Davon ausgehend untersuche ich im Folgenden für den Bereich Migration und Flucht die Beziehung zwischen Affekten und der Heranbildung antidemokratischer sowie antiheterogener Einstellungen in Deutschland¹. Im Vordergrund steht die Reflexion von Versuchen, eine „kulturelle Normalisierung“ antiheterogener Werte und Semantiken durch unterschiedliche Affizierungspraxen vor dem Hintergrund eines immer pluraler werdenden Deutschlands durchzusetzen. Dabei wird angenommen, dass sich diese antiheterogenen Semantiken und Überzeugungen nicht zu einem einheitlichen und in sich geschlossenen hegemonialen Diskurs zusammenführen lassen. Menschliche Affektivität wird entsprechend jenseits des psychoanalytisch geprägten Identifikationsmodells verstanden, das die Identifikation stets mit einer zentralen Instanz und somit einem signifikatorischen Prozess verknüpft. Angesichts der Tatsache, dass sich Affekte auch auf eine unpersönliche, nicht unmittelbar über einen bewussten Identifikationsmechanismus abgeleitete Matrix beziehen, können sie – im Unterschied zu Emotionen, die bereits in gesellschaftlich etablierte Diskurse eingebettet sind und auf bestehenden Wissensbeständen beruhen – nicht immer eindeutig bestimmt und narrativ dargestellt werden. Im Anschluss an Laclau (2005), Stäheli (2007) und Massumi (2002) kann infolgedessen gegenseitige Affizierbarkeit derart konzeptualisiert werden, dass sie keine vorgängige Identifikation mit einem leeren Signifikanten (oder einer zentralen Führerfigur) benötigt. Eine Konzeptualisierung von Affekten, die exklusiv auf eine diskursive Artikulation ausgerichtet ist, klammert aus vorliegender Perspektive wesentliche politische Momente aus, die für die Frage nach Ein/Ausschluss von (Flucht)Migrant:innen und deren Zugehörigkeit in der deutschen Migrationsgesellschaft relevant sind: Affekte haben gerade dadurch, dass sie unbestimmt und nicht auf anerkannte diskursive Bahnen fixiert sind, eine ganz

1 In meiner Forschung untersuche ich unterschiedliche Kontexte von Migration und Flucht vor dem Hintergrund post-demokratischer Verhältnisse und fokussiere Fragen nach Anerkennung, Identität und Affekten und Emotionen (Dissertation: *Die emotionale Erfahrung des Asyls. Lebenswelten afghanischer Geflüchteter in Berlin*, 2021 erschienen bei Springer). Neben epistemischen und methodischen Fragen der Migrations- und Rassismusforschung interessieren mich vor allem Repräsentationsweisen eingewandter Menschen und ihrer Lebenswelten und damit verbundene Formen gegenwärtiger Diskriminierungspraxen im Alltag.

eigene und unheimliche Dynamik, mit der sie Zugehörigkeitsordnungen beeinflussen. Sie sind daher mithilfe multimethodischer und vor allem diskurstheoretisch orientierter Studien im transdisziplinären Bereich Migration und Flucht aufzudecken.

Die Heranbildung und Normalisierung antiheterogener Denk-, Sprech- und Verhaltensweisen seitens rechter Gruppierungen im öffentlichen Meinungsbildungsprozess sowie das Vermögen, eine legitimierende Akzeptanz zu erhalten, zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass politische Macht weniger durch die systematische Aneignung parteipolitischer Regierungsverantwortung, sondern vermehrt durch das *unorganisierte, diffuse Verbreiten von Affekten* erworben wird. In Umlauf gesetzt werden Hass, Zorn, Neid und besonders das *Gefühl, bedroht zu sein*. Dabei sollen jene Menschen affiziert werden, die sich *gerade nicht* im rechten Spektrum verorten oder politisch noch unentschieden sind. Mittels Strategien politischer Mimikry werden Vorgehensweisen und Begriffe primär linksliberaler Bewegungen übernommen, um mit dieser Tarnung öffentliche Diskurse zur Einwanderung in Deutschland zu beeinflussen (Salzborn 2017: 37).

Parallel zu diesen antiheterogenen Orientierungen innerhalb Deutschlands verschärfen sich migrations- und asylpolitische Regelungen, die, indem sie auf die fundamentale Differenz zwischen dem Eigenen und dem Anderen rekurren, die so geschaffenen Gruppen entlang ethnischer, religiöser und staatsbürgerschaftlicher Differenzlinien hierarchisieren. Die migrationspolitische Handhabe der auf der Basis dieser Differenzordnung jeweils zugewiesenen Menschen erfolgt vor dem Hintergrund tiefverwurzelter Antinomien moderner liberaler Demokratien. Auf diese Weise wird mit einem inkohärenten Ensemble von Affizierungsformen und -praxen aus einer scheinbar unschuldigen Aushandlung zwischen Eigenem und Anderem ein ethnisierte Machtkampf auf der Bühne des soziopolitischen Alltags geführt.

Wie empirische Studien zeigen (Zick und Küpper 2021), handelt es sich tatsächlich um die Mitte der Gesellschaft, deren Unentschlossenheit und deren unbewusste Tendenzen zu einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – etwa in Form antimuslimischer, antisemitischer, antischwarzer Haltungen – problematisch sind: Zwar haben sich offene rassistische Haltungen in Deutschland verringert, dies jedoch zugunsten eines immer stärker werdenden *subtilen Rassismus* innerhalb der breiten Bevölkerung. Dieser subtile Rassismus unterläuft den Verdacht des Rassismus, indem er ihn leugnet und weiterhin ein egalitäres und tolerantes Selbstbild aufrechterhält, das sich rhetorisch und narrativ mit „westlichen Werten“ verbinden lässt. Normen menschenrechtlicher Prinzipien und die der Gleichwertigkeit von Menschen werden durch Affizierungspraxen auf eine Weise beeinflusst, dass sich *affizierte* Menschen trotz des erwähnten positiven Selbstbildes umstandslos an die Denk- und Lebensart des modernen subtilen Rassismus anpassen können. So gelingt es antidemokratischen, anti-individuellen und vor allem antiheterogenen Geisteshaltungen, an dominante Diskurse anzuschließen und gewissermaßen normalisiert zu werden, wobei sich in der Konsequenz der so verbreiteten regressiven Weltbilder neue Strukturen von Zusammengehörigkeitsgefühlen bilden. Veränderungen von Zusammengehörigkeitsgefühlen und somit Differenzordnungen – so meine Ausgangsthese – sind nicht bloß auf dominante und saliente Formen der Repräsentationen angewiesen, die sich diskursiv anerkannten Emotionen zuordnen lassen, sondern auch und gerade durch nicht eindeutig narrativierbare Affekte. Differenzordnungen vermitteln die erwünschten sozialstrukturellen und kulturellen Veränderungen auf der affektiven und mentalen Ebene und stabilisieren Sichtweisen, die Gleichheit und Verschiedenheit auf eine primordiale, rückwärtsgewandte Art kodieren, wenngleich sie sich (noch) nicht kohärent und (noch) nicht einheitlich manifestieren.

Der vorliegende Beitrag skizziert zunächst die inhärenten antinomischen Spannungen moderner liberaler Demokratien aus einer Perspektive der politischen Philosophie, wobei der höchst ambivalente Charakter westlicher Demokratien mit dem Flucht- und Migrationsgeschehen nach Europa verknüpft wird. Anschließend lege ich den Zusammenhang zwischen Affekten und (Flucht)Migration in Deutschland dar. Es folgt eine Erläuterung des Konzepts der Affekte als relationales, dynamisches und nicht systematisch zusammenhängendes Machtgeschehen, um dieses Konzept im nächsten Schritt mit Differenzmarkierungsstrategien im migratorischen Kontext in Verbindung zu bringen. Zum Schluss führe ich die wesentlichen Punkte der Argumentation im Fazit zusammen.

(Flucht)Migration und Paradoxien moderner Demokratien

Angesichts weltweit steigender Zahlen von Geflüchteten, die im Jahr 2022 ein einmaliges Ausmaß von ca. 90 Mio. Menschen erreicht hat (UNHCR 2022), sowie der Zunahme sogenannter gescheiterter Staaten („failed states“) geht es im Herzen Europas längst nicht mehr darum, zu bestimmen, ob Deutschland ein „Einwanderungsland“ sei oder nicht. Es geht vielmehr um die Aushandlung des künftigen Umgangs mit geflüchteten und migrierten Personen und deren (Nicht)Teilhabe an gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen. Doch in der fehlenden Anerkennung dieser Tatsache und in der Handhabe von Flucht und Migration generell spiegeln sich tiefssitzende Widersprüche der liberalen Demokratien Europas wider. Einerseits bilden menschenrechtliche und rechtsstaatliche Prinzipien das Fundament ihres Selbstverständnisses, andererseits dienen nationale Interessen als Rechtfertigung für ein rigides Grenzregime, das die Aufnahmehandlungen Geflüchteter je nach arbeitsmarktrelevanten und staatsbürgerschaftlichen Kriterien differenziert und vor allem hierarchisiert (Behnam Shad 2021; Scherr und Scherschel 2019; Scherschel 2018). Die Form von Rechtsstaatlichkeit und die Gewährung von Grundrechten *innerhalb* westlicher Staaten gelingt gerade deshalb, weil sie für bestimmte Personen *geschlossene Systeme* sind, die gleichzeitig aus ökonomischen Gründen für andere Personen und vor allem Güter offen sein müssen (Hollifield 2006). Die europäischen Nationen sind daher auf ein rigides Migrationsregime angewiesen, das die EU-Außengrenzen gezielt kontrolliert und Menschen entsprechend selektiert.

Moderne Demokratien wie Deutschland konstituieren sich somit durch zwei vollkommen unterschiedliche Logiken: Einerseits verspricht und fordert die liberale Tradition Freiheit und die Gewährung von Menschenrechten (Universalität), andererseits wird dieser liberale Ansatz kontinuierlich von der egalitären Logik der demokratischen Tradition (Partikularität) limitiert (Mouffe 2008: 21). Die sich daraus ergebenden Spannungen und Konflikte können in keinerlei Weise endgültig aufgelöst werden, da es nicht *die* absolute Freiheit und nicht *die* absolute Gleichheit gibt. Für die skizzierten liberal-demokratischen Konflikte sind daher lediglich *kontingente, hegemoniale Stabilisierungsversuche* möglich, die entweder der einen oder der anderen Seite den Vorzug geben (ebd.: 22). Der Widerstreit zwischen Partikularität und Universalität manifestiert sich demgemäß in der Praxis, umfassende Menschenrechte ausschließlich Menschen mit entsprechenden Staatsbürgerschaften zuzugestehen (Partikularität), während zugleich der Standpunkt vertreten wird, allen Menschen stünden einzig durch ihr Menschsein Menschenrechte zu (Universalität). Aus dieser unaufhörlichen Spannung zwischen demokratischen und liberalen Logiken resultieren ebenso gegensätzliche und umstrittene Einstellungen zu Flucht und Mi-

gration. Dementsprechend sehen sich politisch Verantwortliche der EU gerne in der Rolle der moralisch Überlegenen und heben unentwegt menschenrechtliche Prinzipien und Werte in Beziehungen zu anderen Staaten hervor, während zeitgleich Geflüchtete jahrelang auf griechischen Inseln in menschenunwürdigen Lagern verkümmern. Die Unmöglichkeit bzw. der Unwillen, eine einheitliche und faire Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten – ohne diese nach ethnischen, religiösen und/oder kulturellen Zugehörigkeiten zu hierarchisieren – auf den Weg zu bringen, hängt ebenfalls mit dieser spannungsvollen Antinomie zusammen.

Diesen paradoxen Spannungen fügt sich ein weiterer nennenswerter Aspekt hinzu, der sich durch die fehlende Anerkennung unserer grundlegend postkolonialen Wirklichkeit konstituiert: Nach über 500 Jahren euroimperialer Geschichte, die mit Eroberungen und verschiedensten Formen der Ausbeutung und Vernichtung kolonisierter Gebiete sowie deren anschließender Verelendung einhergingen, versteht man die fundamentalen Ungleichheiten zwischen hoch-industrialisierten Ländern des Westens und dem Globalen Süden gemeinhin *nicht* als Konsequenz dieser jahrhundertelangen Invasion und gewaltsamen Inbesitznahme von Menschen, Ressourcen und Ideen. Selbst nachdem sich die ehemals kolonisierten Gebiete – mehrheitlich die heutigen „Flüchtlingsherkunftsländer“ – in langen, blutigen Kriegen von ihren ehemaligen Kolonialmächten getrennt hatten, entstanden neue wirtschaftspolitische Abhängigkeiten, die sie seitdem in vielerlei Formen unterjochen. Die bewusste Verhinderung von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung ehemaliger Kolonien ermöglichte die systematische Ausbeutung ihrer Ressourcen und Menschen. Letztere werden nunmehr für die Akkumulation des Reichtums einiger weniger wohlhabender Staaten im Globalen Norden missbraucht. Die wirtschaftliche Dominanz weniger Staaten und Gesellschaften beruht weitestgehend auf diesen Jahrhunderten der brutalen Herrschaft; sie kann nicht getrennt von ihr verstanden werden. Nur zäh und allmählich setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Einsicht in die Notwendigkeit durch, die kolonisierten Gebiete und Menschen zu dekolonisieren. Das ebnete nicht bloß etlichen Kriegen und Konflikten in den heutigen Herkunftsländern von Geflüchteten den Weg, sondern läutete zudem eine neoliberalen Hegemonie ein, aus der sich unterschiedliche Formen von Neokolonialismen herausbildeten (Behdad 2005; Krishnaswamy 2008; Brennan 2008). Besonders hervorzuheben ist das Leugnen fossiler energetischer Ausbeutung des Nahen Osten und Nordafrikas für die Aufrechterhaltung des eigenen Lebensstils im Westen, der sich mit dem Begriff „Überfluss“ auf den Punkt bringen lässt. Der systematische und konsequente Zugriff auf die entsprechenden Energiequellen, der im 20. Jahrhundert immer dichter wurde und bis in die Gegenwart reicht, geht seit jeher mit der Destabilisierung jener Länder einher, aus denen die Energieträger importiert werden. Die offenkundige Ausbeutung trug wiederum maßgeblich zu der ontologischen Grundkonstante „Freiheit“ in der westlichen Lebensart bei. Diese „Freiheit“ beruht im Wesentlichen auf der Nutzung motorisierter, nun nicht mehr menschlicher Sklav:innen, die eine stetig steigende Menge an umweltschädlichen fossiler energetischen Ressourcen benötigt, um weiter existieren zu können.

Ist die post- oder neokoloniale Wirklichkeit damit nur sehr komprimiert dargestellt, lassen die genannten Gesichtspunkte doch deutlich erkennen, dass es für die antinomischen Spannungen moderner Demokratien nur contingente und hegemoniale Stabilisierungsversuche geben kann. Eine gänzlich abwehrende und verleugnende Haltung gegenüber Menschen, die nach Jahrhunderten unerbittlicher imperialer Herrschaft die Flucht nach Europa antreten, ist im Zuge solcher Bemühungen um Stabilisierung nicht nur ethisch, sondern auch historisch falsch und zeugt von einem unzureichenden kritischen Bewusstsein.

Angesichts der den westlichen Demokratien inhärenten Antinomien tritt die widersprüchliche Haltung hinsichtlich Migration und Flucht umso klarer zutage, je größer der Druck von Menschen wird, in die wohlhabenden Länder Europas zu fliehen, da die Ideen der Demokratie und Menschenrechte über die juridische Ebene hinaus besonders eine Frage der Moral darstellen. An dieser Stelle soll der Unterschied zwischen Fluchtmigration und Migration betont werden, da diese von Grund auf verschiedenen Kategorien häufig verwechselt werden: Im Falle der Migration ist die allgemein verbreitete positiv konnotierte Rede von Entgrenzung und der Erweiterung von Möglichkeiten, Beziehungen und Chancen im Sinne transnationaler Mobilität und Sozialität durchaus zutreffend. Für die Fluchtmigration jedoch bedeuten die Grenzpolitiken der EU Ausschluss und Mobilitätsabwehr. Überleben Geflüchtete die Flucht, was angesichts der auch gerade von den wohlhabenden Ländern gesetzten Bedingungen keineswegs selbstverständlich ist, geht ihre Selektion und Hierarchisierung im Aufnahmeland konsequent weiter. Die Zustimmung zu menschenrechtlichen und demokratischen Prinzipien einerseits und die dehumanisierende und hierarchisierende Filterung von Menschen mittels In- und Exklusionsstrategien des europäischen Grenzregimes andererseits bilden also zwei Seiten derselben Medaille. Die selektive Kontrolle und Abwehr von Fluchtmigration sind zudem durch die Aufrüstung der nach außen verschobenen Grenzlinien der EU mobiler und vor allem menschenverachtender geworden. Hier spielt Frontex, die „Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache“, eine zentrale Rolle, die statt Schiffe nunmehr Drohnen und Flugzeuge einsetzt, um nicht mehr genötigt zu sein, Geflüchtete tatsächlich retten zu müssen. Die EU bemüht sich zudem seit 2015, dass immer weniger Menschen innerhalb des afrikanischen Kontinents die Flucht ins nordafrikanische Libyen schaffen, indem sie die Anrainerstaaten zwingt, flüchtende Menschen aufzuhalten. Diese Form der Vorverlagerung eigener Grenzen weit nach Afrika hinein bestimmt im Wesentlichen die sogenannte „Fluchtursachenbekämpfung“. Diese gestaltet sich derart, dass die Ausbildung von Grenzpersonal sowie deren Bewaffnung in den Anrainerstaaten Libyens großzügig finanziert wird. Darüber hinaus werden sämtliche Regierungen der afrikanischen Länder, die im Sinne Brüssels kooperieren, „finanziell gefördert“ (Mau 2021: 136 f.).

Aus dem beschriebenen antinomischen Charakter moderner Demokratien des Westens ergeben sich gegensätzliche, teils absurd anmutende Haltungen zu Migration und Flucht, die sich durch eine tiefssitzende Asymmetrie der Wir-sie-Differenz auszeichnen. Vor diesem ambivalenten Hintergrund sind Affizierungslogiken und -dynamiken jeglicher Couleur zu verstehen, die sich indirekt oder direkt auf die Selektion von Migrant:innen und Geflüchteten sowie die Rechtfertigung eben dieser Selektion beziehen. Folglich sind politische Positionen, die diese Zwiespältigkeit nicht berücksichtigen und darüber hinaus ideologisch aufladen, nicht angemessen; solche eindimensionalen Positionen erschweren realistische und zugleich angemessene Zugänge zu diesem schwierigen Bereich, wohlwissend, dass es hier keine einfachen Lösungen und Antworten geben kann.

Affekte und (Flucht)Migration

Affekte werden im Anschluss an Spinoza, Deleuze, Massumi und die am Berliner Sonderforschungsbereich 1171 „Affective Societies“ entwickelte Konzeption insofern von Emotionen differenziert, als sie nicht-subjektiviert und daher (noch) nicht in soziokulturell einschlägige Rubriken kategorisiert und damit (noch) nicht narrativierbar sind. Übertragen auf die Logik

des eingangs erwähnten psychoanalytisch-poststrukturalistischen Modells der Identifikation bilden Affekte *prä-signifikatorische* Phänomene, anhand derer Sozialität reflektiert und nachvollzogen werden kann, ohne auf eindeutig bestimmbar (signifikatorische) Vorgänge reduziert zu werden. Affekte sind entsprechend nicht als intra-individuelle oder innerpsychische, sondern als dynamische und relationale Phänomene zu verstehen, die sich *zwischen* Individuen, Entitäten, Kontexten und sogar Institutionen ereignen. Es handelt sich bei ihnen insofern stets um ein *Machtgeschehen*, als sie die affizierten Individuen ein- und ausschließen, beeinträchtigen oder gar psychisch zerstören können. Wer über die Macht verfügt, Affekte im Kontext von Migration und Flucht sowie darauf aufbauend Narrative und Diskurse zu produzieren, prägt somit die Kriterien der Zugehörigkeit des Zusammenlebens entscheidend mit.

Affekten, die noch nicht hinreichend reflektiert und somit nicht in kohärente Diskurse eingegliedert worden sind, sowie den aus ihnen hervorgehenden Affizierungen kommt in der vorliegenden Deutung eine wesentliche Rolle zu, weil sie nicht nur migratorische, sondern regulative und konstitutive Dimensionen des Zusammenlebens beeinflussen. Deshalb werden Debatten um Flucht und Migration sowie um deren gesellschaftspolitische Folgen so intensiv und ideologisch geführt. Durch die massenmediale ebenso wie durch die Social-Media-Kommunikation wirken affizierende Artikulationen – selbst, wenn sie (noch) keine etablierten und dominanten Formen eines Diskurses angenommen haben – auf individuelle Selbst- und Fremdwahrnehmungen ein und beeinflussen die Haltung gegenüber migrierten bzw. geflüchteten Menschen und deren Integration im Ankunftsland. Vor dem Hintergrund dieser Wirkungsweise von Affekten sowie der grundsätzlich zwiespältigen Natur demokratischer Staaten bezüglich ihrer Grenzen sind die Bemühungen der anfangs erwähnten Durchsetzung einer „kulturellen Normalisierung“ antidemokratischer und antiheterogener Einstellungen zu begreifen. Affekte sind demzufolge keine soziale Nebenerscheinung, wie zahlreiche sozial- und kulturwissenschaftliche Studien in der Vergangenheit angenommen haben. Vielmehr stehen sie und die Affizierungspraxen im Zentrum des Geschehens, wenn es um Migration und Flucht geht.

An dieser Stelle wird ersichtlich, weshalb dem Konkurrenzkampf um die Deutungshoheit darüber, wer aus welchen Gründen und in welchem Maße der deutschen Gesellschaft zugehören darf und wer nicht, große gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt. Steigende Zahlen von Geflüchteten und die globalen Dynamiken der ungleichen Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen verschärfen Rivalitäten unter eingewanderten Menschen, aber auch zwischen Eingewanderten und Einheimischen in zunehmendem Maße. Neben der Sorge um den sozialen und ökonomischen Wettbewerb auf dem deutschen Wohn- und Arbeitsmarkt sowie um die (vermeintliche) Überlastung des Sozialsystems (Huth und Heizmann 2021: 58) spielt vor allem die symbolische Bedrohung für die vorliegende Analyse eine zentrale Rolle. Sie bezieht sich auf das (subjektiv empfundene) Bedrohungsgefühl, bei dem befürchtet wird, zugewanderte Menschen würden die „kollektive Identität der Deutschen“ sowie deren Lebensstil verändern. Die systematische und iterative Relevantsetzung der Hautfarbe sowie der ethnischen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeit – alles Aspekte, die durchweg in Medien und Politik vermischt werden – bildet eine affektive Hauptstrategie der oben genannten „kulturellen Normalisierung“ antidemokratischer und antiheterogener Gesinnungen.

Affektive Strategien der „kulturellen Normalisierung“ antidemokratischer und antiheterogener Gesinnungen

Die systematische und iterative Relevantsetzung der Hautfarbe sowie der ethnischen, kulturellen und religiösen Zugehörigkeit kann als Strategie der *Differenzmarkierung* verstanden werden, die Zugehörigkeitsordnungen erfahr- und greifbar machen will. Die Praxis der Differenzmarkierung im deutschen Kontext impliziert vor allem die Zuschreibung bestimmter Merkmale, die immer in Relation zu der hegemonialen Gruppe der weißen Mehrheit deutscher Personen steht. Die konstruierten Zuschreibungen werden häufig als unüberwindbar dargestellt, also „naturalisiert“. Damit eignen sie sich gerade für eine politische Instrumentalisierung, bei der sie unterschiedliche Arten der In- und Exklusionspraxen begünstigen bzw. beeinträchtigen. Diese althergebrachte und bereits in unterschiedlichen Kontexten untersuchte Form der Differenzmarkierung (Mills 1997; Hall 1997; Balibar 1990) wird gegenwärtig mit neuen Strategien der Affizierungspraxen verknüpft, um negative Affekte zu mobilisieren, die systematisch auf „Menschen mit Migrationshintergrund“ bezogen werden.

Die politische und mediale Praxis der Differenzmarkierung hat einen performativen oder „unternehmerischen“ (Bourdieu 1992: 220) Charakter, weil sie zunächst spezifische Affekte im Zusammenhang mit imaginierten Gruppen evoziert und anschließend zum Handeln mobiliert, indem sie genau diese fiktiven Kollektive ins Leben ruft. Dies erfolgt immer mehr über die Kommunikationswege sozialer Medien, die das diskursive Niveau umstrittener Themen deutlich reduzieren (Kneuer 2013) und eine verstärkende Funktion für das Verbreiten der so hervorgebrachten Gruppen sowie ihrer vermeintlichen Eigenschaften einnehmen (Kneuer und Salzborn 2016). Für den vorliegenden Kontext sind zwei Aspekte zu beachten. Erstens soll die Tatsache der *Verdinglichung* hervorgehoben werden: Bei der Etablierung und Fixierung von Gleichheit und Verschiedenheit konstruierter Gruppen ist nicht bloß die Gegebenheit problematisch, dass die so geschaffenen Gruppen imaginiert sind, sondern auch, dass diese konstruierten Kollektive zugleich als *reale Dinge in der Welt* behandelt – *verdinglicht* – werden (Berger und Luckmann 1973: 94–98). Zweitens werden im Zuge der erwähnten Differenzmarkierung mit Entrepreneur-Charakter Kollektive und kognitiv produzierte Kategorien verwechselt. Dieser Denkfehler (Brubaker 2004: 23) beruht zudem auf einem primordial kodierten Verständnis von Identität, das eine „natürliche“, angeborene Gemeinsamkeit (Essenz) bei den imaginierten (ethnisch homogenen) Gruppen suggeriert.

Unterscheidet man konsequent zwischen Gruppen und Kategorien, können Affizierungspraxen, die darauf abzielen, Kategorien mit Gruppen gleichzusetzen und zu „normalisieren“, angemessener untersucht, differenziert und nachvollzogen werden. Im Ringen um eine *hegemoniale Vorrangstellung* hinsichtlich der Deutungshoheit über das Migrationsgeschehen zeigt sich eine Diskriminierungsmatrix, die der autochthonen Bevölkerung Vorschläge von (primordial kodierter) Gemeinschaftlichkeit unterbreitet, die mit spezifischen Affekten, vor allem jenen, die das Gefühl der Bedrohung durch eingewanderte Menschen auslösen, verknüpft werden. So wird etwa seit der Einwanderung von knapp einer Million Menschen 2015/16 vermehrt von einer bevölkerungspolitischen „Islamisierung“ Deutschlands gesprochen und mit einem vermeintlichen Untergang „deutscher Werte“ in Zusammenhang gebracht. Solche seit Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ (1918) bekannten apokalyptischen Fantasien (von „Überfremdung“, „Umwölkung“ etc.) tauchen immer wieder auf und verbinden sich zudem oftmals mit anti-

semitischen Verschwörungsfantasien. Das, was „den Anderen“ vorgeworfen wird, bildet dabei stets das (verleugnete) Eigene, sei es die Vorstellung einer bevölkerungspolitischen Beherrschung durch Menschen anderer ethnischer, religiöser und/oder nationaler Zugehörigkeit (z. B. im Falle der Imagination einer Islamisierung Deutschlands) oder die Absichten eines „weltbeherrschenden jüdischen Reichs“. Hierbei spielt die Affektmobilisierung durch soziale Medien und Google eine nicht unwesentliche Rolle: Internetnutzende werden durch Algorithmen automatisch von bestimmten Seiten und Informationen ferngehalten und unmündig gemacht. Dies führt zu einer Zuspitzung und Isolierung der eigenen soziokulturellen Lebenswelt (Salzborn 2017: 128).

Erwähnenswert ist insbesondere die *ethnische Hierarchisierung* von eingewanderten Menschen und die mit ihr einhergehenden diffusen antidemokratischen, antiheterogenen und anti-individuellen Haltungen. Zum Zeitpunkt des Verfassens des vorliegenden Beitrags im Februar/März 2022 vermehren sich tagtäglich Beiträge aus Politik und Medien, die in Bezug auf die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter in Deutschland diese ethnische Hierarchisierung maßgeblich mitgestalten, indem sie unentwegt skandieren, „2015 sollte sich nicht wiederholen“, und damit vertriebene Menschen in „gute“ und „schlechte Flüchtlinge“ unterteilen. Facetten ethnischer Hierarchisierungspraxen zeigten sich kontinuierlich seit dem Sommer 2015 und wiederholen sich deutlich erkennbar im Ukraine-Krieg. Im Sommer 2015 verursachte u. a. der Krieg in Syrien enorme Fluchtbewegungen nach Europa. In dieser Zeit verkündete etwa der slowakische Premier Fico, nur 200 christliche Geflüchtete aufzunehmen (Gotev 2015), zumal keine Moscheen zur Verfügung ständen (ebd.). Ihm folgten viele Staatschefs und -regierungen mit ähnlichen Aussagen, etwa Polen, das ausschließlich nicht-muslimische Frauen und Kinder aufnehmen wollte, um „Spannungen“ zu vermeiden (Rettman 2016).

Seitdem häufen sich antiheterogene Äußerungen in Medien und Politik zunehmend². Mittels der Einteilung in „gute“ und „schlechte Flüchtlinge“ werden Menschen entlang ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit segregiert und hierarchisiert. Weiße, christliche Vertriebene seien demgemäß wichtiger und wertvoller als braune und schwarze „Muslime“. Auch wenn das nicht immer in aller Deutlichkeit ausgesprochen wird, dient es als Legitimation für regelmäßig stattfindende völkerrechtswidrige und damit prinzipiell illegale Zurückweisungen von Menschen („Pushback“), die ihr Menschenrecht auf Asyl an den EU-Außengrenzen geltend machen wollen. Entsprechend werden Kriege und bewaffnete Konflikte, die nicht in Europa stattfinden, ignoriert oder weniger ernst genommen, selbst wenn sie in enger Verbindung mit militärischen Interventionen oder neoliberalen Wirtschaftspolitiken des Westens stehen. Dadurch wird eine regressive Haltung „normalisiert“, die demokratische Normen der Gleichwertigkeit unterläuft: Menschen werden systematisch entlang ihrer Hautfarbe, ethnischer, kultureller und/oder religiöser Zugehörigkeit sowie ihrer vermeintlichen „Natur“ eingeteilt und unterschiedlich behandelt. Dies geschieht mithilfe von Affizierungspraxen, die vorgeben, menschenrechtliche Prinzipien für wichtig zu erachten, und es vermeiden, einen „harten“ biologischen Rassismus

2 Bereits im Februar 2022 haben westliche Medien darauf hingewiesen, dass es sich bei ukrainischen Geflüchteten um „zivilisierte, europäische und christliche Menschen“ handle – im Unterschied zu all jenen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Afrika (CBS-News 2022). Bei ukrainischen Geflüchteten „mit blonden Haaren und blauen Augen“ (NBC-News 2022; Daily Telegraph 2022; BFM-TV 2022) wäre man im Westen äußerst betroffen, diese seien nämlich „Christen und aus demselben Kulturreich“ (Hart aber Fair 2022), weshalb man nun konsequent „die Spreu vom Weizen trennen müsse“ (FAZ 2022). So verfestigen sich Narrative über vermeintlich „echte“ und „unechte“ (ARD 2022) geflüchtete Menschen.

offenzulegen. In dieser Weise affizierte Menschen können ein „tolerantes, westlich geprägtes“ Selbstbild aufrechterhalten und zur selben Zeit unterschwellig antiheterogene und antidemokratische Einstellungen adaptieren.

Die daraus resultierenden subtilen Rassismen innerhalb der deutschen Bevölkerung spiegeln sich in der empirischen Sozialforschung der Gegenwart wider (Zick und Küpper 2021). Solche Affizierungsstrategien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vermehren und wiederholen sich kontinuierlich. Sie bilden insofern eine Gefahr für demokratische Verhältnisse, als sie durch Pseudowissen Stereotype und Narrative in der breiten Bevölkerung normalisieren. Der qualifizierte Austausch fachlich informierter Positionen wird durch die *Verschiebung der Sag- und Fühlbarkeitsgrenze* im öffentlichen Raum stark beeinträchtigt. Komplexe Konstellationen werden durch affektive Strategien der Differenzmarkierung (z. B. durch das Narrativ, es gebe „echte“ und „unechte Flüchtlinge“) trivialisiert und verhüllt; sie bilden nicht bloß ein temporäres mediales Phänomen, sondern zielen auf die Veränderung des überindividuell konstituierten *Gefühlsreservoirs* der breiten gesellschaftlichen Masse ab und tragen dazu bei, den demokratischen Kern einer Ordnung auszuhöhlen. Da sie nicht direkt normative Vorgaben verletzen, sondern durch das diffuse Hervorrufen von anziehenden und abstoßenden Affekten schleichend antidemokratische und antiheterogene Haltungen offerieren, treffen und beeinflussen sie die bürgerliche Mitte der Gesellschaft (vgl. Zick und Küpper 2021) und bilden kein Randphänomen rechtsextremster Lager.

Fazit

Der vorliegende Beitrag reflektierte gemäß Röttger-Rössler (2002) und ihren weiteren emotionstheoretischen Arbeiten (Röttger-Rössler und Seise 2020; Röttger-Rössler 2020, 2019, 2018, 2016, 2004) die Rolle und Funktion von Affekten im Bereich Migration und Flucht für den deutschen Kontext. In einem ersten Schritt wurden die charakteristischen Antinomien moderner liberaler Demokratien des Westens, die im paradoxen Zusammenspiel universeller und partikularer Logiken bestehen, sowie die grundlegend postkoloniale Faktizität der Gegenwart skizziert. Darauf folgte eine Reflexion des Zusammenhangs zwischen Affekten und Migration bzw. Flucht. Affekte sind als dynamische und relationale Machtgeschehen zu verstehen, die Zugehörigkeitsordnungen strukturieren und daher besonders im Bereich Migration und Flucht – etwa durch sich wiederholende Differenzmarkierungsstrategien – relevant sind. Solche iterativen Differenzmarkierungen eingewanderter Menschen kanalisieren, begrenzen und konstituieren nicht bloß deren Möglichkeits- und Erfahrungsräume, sie formen zugleich die Haltungen der Mehrheitsbevölkerung maßgeblich mit. Sie funktionieren durch Artikulationen, die sich nicht oder nicht vollständig an dominante Diskurse anschließen lassen und deshalb als *prä-signifikatorisch* anzusehen sind. Damit sind die durch diese Artikulationen evozierten Affekte nicht oder nicht vollständig den diskursiv etablierten Rubriken bekannter Emotionen (wie Wut, Neid, Zorn etc.) zuzuordnen. Antidemokratische und antiheterogene Affizierungen wirken gerade deshalb – so die Ausgangsthese dieses Beitrags –, weil sie noch nicht eindeutig in fixe diskursive Bahnen gesteuert wurden, die sie als unverhohlen rassistisch erkenntlich machen würden. Artikulationen dieser Art berücksichtigen weder die intrinsischen antinomischen Spannungen der westlichen Demokratien noch die postkoloniale Wirklichkeit unserer Zeit. Ihre Macht besteht in ihrer janusköpfigen Natur: Sie zielen auf regressive Imaginationen eines ethnisch homogenen Na-

tionalstaates ab, die im Kern demokratische Normen menschlicher Gleichwertigkeit erodieren lassen, zugleich aber Auffassungen offerieren, die ein westlich geprägtes Selbstbild von Toleranz aufrechterhalten.

Literatur

- ARD 2022: *Mit „echten“ gegen „unechte“ Flüchtlinge*. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/griechenland-migration-103.html> (abgerufen am 01.04. 2022).
- Balibar, Étienne 1990: Gibt es einen Neo-Rassismus? In: Étienne Balibar und Immanuel M. Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation*. Hamburg: Argument, 23–38.
- Behdad, Ali 2005: On Globalization, Again! In: Ania Loomba et al. (Hg.), *Postcolonial Studies and Beyond*. Durham/London: Duke University Press, 62–79.
- Behnam Shad, Klaus 2021: *Die emotionale Erfahrung des Asyls*. Wiesbaden: Springer.
- Berger, Peter und Thomas Luckmann 1973: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- BFM-TV. 2022. Tweet vom 27. Februar 2022: Édition Spéciale: https://twitter.com/arwaib/status/1497915207909261313?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1497915207909261313%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_undref_url=https%3A%2F%2Fwww.washingtonpost.com%2Fmedia%2F2022%2F02%2F27%2Fmedia-ukraine-offensive-comparis (abgerufen am 29.03. 2022).
- Bourdieu, Pierre 1992: Identity and Representation: Elements for a Critical Reflection on the Idea of Region. In: Pierre Bourdieu, *Language and Symbolic Power*. Cambridge: Polity Press, 220–228.
- Brennan, Timothy 2008: Postcolonial Studies and Globalization Theory. In: Revathi Krishnaswamy und John C. Hawley (Hg.), *The Postcolonial and the Global*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 37–53.
- Brubaker, Rogers 2004: *Ethnicity without Groups*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- CBS-News 2022: *CBS: Ukraine is ‚Civilised‘, unlike Iraq and Afghanistan*, 26. Februar 2022. <https://www.youtube.com/watch?v=m3eDZean39s> (abgerufen am 28.03.2022).
- Daily Telegraph März 2022: Vladimir Putin’s Monstrous Invasion is an Attack in Civilisation Itself. *Daily Telegraph*, 28. Februar 2022. https://www.telegraph.co.uk/news/2022/02/26/vladimir-putins-monstrous-invasion-attack-civilisation/?utm_content=politicsundutm_medium=Socialundutm_campaign=Echo-boxundutm_source=Twitter#Echobox=1645898137-3 (abgerufen am 29.03.2022).
- FAZ 2022: Amthor warnt vor illegaler Migration. *FAZ*, 28. März 2022. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fluechtlinge-aus-der-ukraine-amthor-warnt-vor-illegaler-migration-17917235.html> (abgerufen am 29.03.2022).
- Gotev, Georgi 2015: Commission Frowns on „Christian only“ Solidarity with Migrants. *Euractiv*, 19. August 2015. <https://www.euractiv.com/section/languages-culture/news/commission-frowns-on-christian-only-solidarity-with-migrants/> (abgerufen am 28.03.2022).
- Hall, Stuart 1997: The Spectacle of the ‚Other‘. In: Stuart Hall, *Representation. Cultural Representations and Signifying Practices*. London: Sage, 223–290.
- Hart aber Fair 2022: *Hart aber Fair*, Sendung vom 28. Februar 2022. https://twitter.com/Emran_Feroz/status/1498421661909012488 (abgerufen am 29.03.2022).

- Hollifield, James F. 2006: The Emerging Migration State. *International Migration Review* 38 (3), 885–912.
- Huth, Nora und Boris Heizmann 2021: Politische Orientierung, empfundene Bedrohung und die Befürwortung von Zuwanderungsbeschränkungen in Europa. In: Sonja Schulz, Pascal Siegers, Bettina Westle und Oshrat Hochman (Hg.), *(In)Toleranz in der Einwanderungsgesellschaft? Einstellungen zu Migranten in Deutschland und Europa*. Wiesbaden: Springer, 55–98.
- Kneuer, Marianne 2013: *Das Internet. Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?* Baden-Baden: Nomos.
- Kneuer, Marianne und Samuel Salzborn 2016: Web 2.0 – Demokratie 3.0. Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Sonderheft 2/2016.
- Krishnaswamy, Revathi 2008: Connections, Conflicts, Complicities. In: Revathi Krishnaswamy und John C. Hawley (Hg.), *The Postcolonial and the Global*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 2–21.
- Laclau, Ernesto 2005: *On Populist Reason*. London: Verso.
- Massumi, Brian 2021: *Parables for the Virtual. Movement, Affect, Sensation*. Durham: Duke University Press.
- Mau, Steffen 2021: *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*. München: Beck.
- Mills, Charles W. 1997: *The Racial Contract*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Mouffe, Chantal 2008: *Das demokratische Paradox*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- NBC-News 2022. *NBC-News*, 3. März 2022. <https://www.nbcnews.com/think/opinion/ukraine-russia-conflict-highlights-racist-double-standard-ncna1290822> (abgerufen am 29.03.2022).
- Rettman, Andrew 2016: Poland: Middle East Migrants Cause EU ‚Tensions‘. *euobserver*, 1. April 2016. <https://euobserver.com/migration/132881> (abgerufen am 28.03.2022).
- Röttger-Rössler, Birgitt 2002: Emotion und Kultur: Einige Grundfragen. *Zeitschrift für Ethnologie* 127 (2): 147–162.
- Röttger-Rössler, Birgitt 2004: *Die kulturelle Modellierung des Gefühls: ein Beitrag zur Theorie und Methodik ethnologischer Emotionsforschung anhand indonesischer Fallstudien*. Münster: LIT.
- Röttger-Rössler, Birgitt 2016: Multiple Zugehörigkeiten: eine emotionstheoretische Perspektive auf Migration. Working Papers SFB 1171 *Affective Societies – Dynamiken des Zusammenlebens in bewegten Welten* 04/16. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Röttger-Rössler, Birgitt 2018: Multiple Belongings. On the Affective Dimensions of Migration. *Zeitschrift für Ethnologie* 143 (2): 237–262.
- Röttger-Rössler, Birgitt 2019: Gefühlsbildung (the Formation of Feeling). In: Jan Slaby und Christian von Scheve (Hg.): *Affective Societies. Key Concepts*. London/New York: Routledge Studies in Affective Societies, 61–72.
- Röttger-Rössler, Birgitt 2020: Research across Cultures and Disciplines: Methodological Challenges in an Interdisciplinary and Comparative Research Project on Emotion Socialization. In: Michael Schnegg und Edward Lowe (Hg.): *Comparing Cultures: Innovations in Comparative Ethnography*. Cambridge: Cambridge University Press, 180–200.
- Röttger-Rössler, Birgitt und Franziska Seise 2020: Autobiografisches Erinnern als affektive kulturelle Praxis: eine PhotoVoice-Studie mit Kindern und Jugendlichen in Berlin. Working Paper SFB 1171 02/20. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Salzborn, Samuel 2017: *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Scherr, Albert und Karin Scherschel 2019: *Wer ist ein Flüchtling? Grundlagen einer Soziologie der Zwangsmigration*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Scherschel, Karin 2018: An den Grenzen der Demokratie – Citizenship und Flucht. *Berliner Journal für Soziologie* 28 (1): 123–149.
- Sökefeld, Martin 2007: Ethnizität, Rasse, Kultur, Minderheiten. In: Brigitta Schmidt-Lauber (Hg.), *Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder*. Berlin: Reimer, 31–50.
- Spengler, Oswald 1918: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte*. Bd. 1. Wien: Braumüller.
- Stäheli, Urs 2007: Von der Herde zur Horde? Zum Verhältnis von Hegemonie- und Affektpolitik. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*. Bielefeld: transcript, 123–138.
- Zick, Andreas und Beate Küpper 2021: *Die geforderte Mitte*. Bonn: Dietz.